

Die freie Verfügbarkeit dieses Beitrages wurde ermöglicht durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Stabsstelle »Publikationen und wissenschaftliche Informationsdienste«



Hinweis zur Nutzung dieser PDF-Ausgabe

Für die Nutzung dieses Textes gelten die Bestimmungen des deutschen Urheberrechtsgesetzes.

Dieses Dokument ist für Privatpersonen somit ausschließlich für den persönlichen, nichtkommerziellen Gebrauch bestimmt.

Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern oder weiterverbreiten.

Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen ggf. vorhandene Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden.

© 2020 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen

Die KAW West-Ost

Plattform für einen fruchtbaren Dialog

Summary: As part of the „Concerted Action Continuing Education“ (Konzertierte Aktion Weiterbildung – KAW) an intensive dialogue among those involved in continuing education has been held in the five new Länder from early 1990 on. This dialogue has not only covered further vocational education but general and political continuing education, too. From the beginning the KAW has opposed automatic transfer of Western Germany's continuing education structures to the new Länder, and it has prepared numerous proposals for independent solutions. Especially in the early phase of this dialogue, the KAW contributed significantly to coordination among those involved in continuing education in the new Länder. The intensive cooperation on the part of representatives of Länder governments deserves particular mention. In numerous publications, the KAW has made the results of this dialogue available to those involved in continuing education and to the interested public.

In der Konzertierten Aktion Weiterbildung (KAW) wurde ab Anfang 1990 ein intensiver Dialog der Beteiligten der Weiterbildung zu Fragen der Unterstützung der Weiterbildung in den neuen Ländern geführt. Dieser Dialog bezog neben der beruflichen Weiterbildung auch die allgemeine und politische Weiterbildung ein. Die KAW wandte sich von Anfang an gegen die automatische Übertragung von Weiterbildungsstrukturen der alten auf die neuen Länder und erarbeitete zahlreiche Anregungen für eigenständige Lösungsansätze. Insbesondere in der Anfangsphase dieses Dialogs hat die KAW wesentlich auch zu einer Koordinierung der Beteiligten der Weiterbildung in den neuen Ländern untereinander beigetragen. Die intensive Mitarbeit der Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen ist besonders hervorzuheben. Die Ergebnisse dieses Dialogs wurden den Beteiligten der Weiterbildung und der interessierten Öffentlichkeit durch die zahlreichen Veröffentlichungen der KAW zur Verfügung gestellt.

Am 30. März 1990 fand im Rahmen einer Sondersitzung des KAW-Arbeitskreises „Personale und soziale Kompetenz“ das erste deutsch-deutsche Treffen

von Weiterbildungsexperten statt. Bei diesem Treffen wurde bereits deutlich, daß die deutsch-deutsche Entwicklung mit ihren vielfältigen Anforderungen an den einzelnen wie an Staat und Gesellschaft der systematischen Flankierung durch allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung bedarf und daß damit völlig neue Aufgaben auf die Weiterbildung zukommen.¹ Zugleich wurden mit dem Wandel in der DDR und dem sich abzeichnenden Zusammenwachsen Deutschlands neue Anforderungen auch an die Weiterbildung in den alten Ländern der Bundesrepublik gesehen.

Zur Fortsetzung und Intensivierung des begonnenen Dialogs veranstalteten die Bildungsminister der Bundesrepublik und der DDR am 21. und 22. Juni 1990 in Berlin (Ost) das „Deutsch-deutsche Kolloquium zu Fragen der Weiterbildung“.² Diese erste große gemeinsame Bildungsveranstaltung stand unter dem Leitmotiv „Qualifizieren statt entlassen“. Sie hatte das Ziel, zum gegenseitigen Kennenlernen der Weiterbildungssysteme, zum Überwinden oft unterschiedlicher Begrifflichkeiten und zu einer ersten Konkretisierung der Ziele für den gemeinsamen Weg zum Ausbau der Weiterbildung beizutragen. Im Mittelpunkt stand das Bemühen, die bei der Verwirklichung der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung notwendige allgemeine, berufliche und politische Weiterbildung sicherzustellen, erhaltenswerte Kapazitäten in neue Trägerschaft zu überführen, eine intensive Beratung zu ermöglichen und das Personal der Weiterbildung weiterzubilden. Die Ergebnisse des Kolloquiums waren wesentliche Grundlagen für die Empfehlungen der Unterkommission Weiterbildung der Deutsch-deutschen gemeinsamen Bildungskommission und für die weitere Arbeit der KAW.

Es folgten die Resolution der KAW „Weiterbildung beim Prozeß der Vereinigung“ vom 25. September 1990³, das zweite Kolloquium zu Fragen der Weiterbildung am 15. und 16. April 1991 in Potsdam⁴, das Werkstattgespräch „Mit Weiterbildung den Herausforderungen der Risikogesellschaft begegnen“ am 9. und 10. September 1991 in Schönburg⁵ sowie zahlreiche weitere Veranstaltungen und Empfehlungen.

Bei der Neustrukturierung der KAW im Spitzengespräch vom 22. Januar 1992 wurde das Thema „Unterstützung der Weiterbildung in den neuen Bundesländern“ als eines von sieben Schwerpunktthemen für den neuen Arbeitskreis „Konzertierte Aktion Weiterbildung“ festgelegt.⁶ Das Thema wurde vom Arbeitskreis vorrangig aufgegriffen. Allerdings zeigte sich bei der Konstituierung dieses Plenums der KAW, daß Vertreter der neuen Länder erheblich unterrepräsentiert waren. Dies wurde dadurch ausgeglichen, daß die Untergruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ überwiegend mit Vertreterinnen und Vertretern aus den neuen Ländern besetzt wurde und daß für die Sitzungen des

Arbeitskreises gezielt Experten aus den neuen Ländern eingeladen wurden. Die Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ tagte bewußt in Berlin, um den Mitgliedern aus den neuen Ländern die Teilnahme zu erleichtern. So wurden diese Gruppe und die von ihr vorbereiteten Veranstaltungen zu Foren eines intensiven Dialogs zwischen neuen und alten Ländern, der in die Sitzungen des Plenums der KAW weitergetragen wurde.

Der Dialog in der KAW hatte den Vorteil, daß über die zunächst in den neuen Ländern naturgemäß völlig im Vordergrund stehende berufliche Weiterbildung hinaus auch die allgemeine und politische Weiterbildung behandelt wurden. Allerdings war die KAW auch hier bemüht, keine Doppelarbeit zu leisten, also Themen auszusparen, die bereits in anderen Gremien hinreichend behandelt wurden.

1. Grundpositionen

„Demokratie und soziale Marktwirtschaft machen in dem beitretenen Gebiet Weiterbildung in einer völlig neuen Dimension erforderlich. Sie ist das Instrument, um die Bildungsinhalte, die für die aktive Gestaltung der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erforderlich sind, möglichst rasch an möglichst viele Bürger heranzutragen. Weiterbildungsmaßnahmen müssen dazu beitragen, das gegenseitige Kennenlernen zu fördern sowie die gemeinsame Gestaltung der Zukunft in einem vereinigten Deutschland zu ermöglichen.“ Diese Formulierung aus der Denkschrift zum Einigungsvertrag, zu Artikel 37, geht auf das Deutsch-deutsche Kolloquium der KAW zurück.

Die Grundposition der KAW ist von Anfang an auf die Unterstützung eigenständiger Lösungsansätze für die völlig neue Situation des radikalen Strukturwandels der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerichtet. Bereits in der Sitzung vom 30. März 1990 sprach sich die KAW gegen „die bloße Übertragung in der Bundesrepublik vorhandener Strukturen“⁷ aus. Im Vordergrund standen folgende Forderungen, die in der Resolution vom 25. September 1990 zusammengefaßt wurden:

- Übergangsfinanzierung erhaltenswerter Weiterbildungseinrichtungen und deren Umwandlung,
- angemessene Weiterbildungsberatung,
- Ausstattung der Weiterbildungsträger für den Aufbau einer pluralen Weiterbildungsstruktur,
- umgehende Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Weiterbildung,

- Förderung der Konzeptentwicklung zur Bewältigung der neuen gesellschaftlichen Situation,
- Fortsetzung der bisherigen Förderung deutschlandpolitischer Bildungsarbeit mit dem Ziel, die Einigung im politischen und kulturellen Bereich zu unterstützen.⁸

Die Bundesregierung wurde in dieser Resolution zu einem entsprechenden Aktionsprogramm aufgefordert.

Nach der Einheit wurde im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft die Unterstützung der betrieblichen Weiterbildung und des Personals der beruflichen Weiterbildung in den neuen Ländern durch die Ausbringung entsprechender Haushaltstitel ermöglicht. Darüber hinaus erlaubten die Aufstockung der für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Mittel sowie entsprechende Schwerpunktsetzungen eine modellhafte Unterstützung der beruflichen und der allgemeinen Weiterbildung in den neuen Ländern. Das von der KAW geforderte übergreifende Aktionsprogramm für die Unterstützung aller Bereiche der Weiterbildung kam jedoch nicht zustande – auch unter Hinweis auf die verfassungsmäßige Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern. Im Bereich der politischen Bildung wurden die Mittel der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit nicht in vollem Maße aufrechterhalten.

Die Grundpositionen der KAW zur Unterstützung der Weiterbildung in den neuen Ländern wurden in dem Bericht der Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ vom 4. September 1992 zusammengefaßt, der vom Plenum der KAW gebilligt wurde.⁹ Ziel dieses Berichts, der sich unter anderem auf Erfahrungsberichte der Mitglieder des Arbeitskreises stützte, war ein erster Sachstandsbericht, um aktuelle Probleme zu markieren und Lösungsansätze aufzuzeigen. Neben der Aufgabe der Weiterbildung, die Bürgerinnen und Bürger der neuen Länder mit den für sie neuen Aspekten einer freien und demokratischen Gesellschaft und einer sozialen Marktordnung vertraut zu machen und ihnen neue berufliche Perspektiven zu eröffnen, wurde die Notwendigkeit gesehen, dabei zu helfen, die eigene Identität, die auf der individuellen Lebens- und Erwerbsbiographie gründet, in die neue Gesellschaft einzubringen.

In dem Bericht heißt es: „Lösungen, die dieser besonderen Situation gerecht werden, setzen neue Ansätze unter Einbeziehung von Weiterbildungserfahrungen aus den neuen und den alten Ländern voraus und erfordern entsprechende Kompetenzen der Weiterbildner. Notwendig ist die Berücksichtigung der regionalen Arbeitsmarktlage, der vorhandenen Qualifikationen sowie der Lerngewohnheiten und Erwartungen der Teilnehmer. Dies ist trotz großer Anstrengungen aller Beteiligten vielfach noch nicht zufriedenstellend erreicht, kann aber

auch nur in einem schrittweisen Prozeß gegenseitigen Lernens gelingen.“¹⁰ Es wird festgestellt, daß sich Weiterbildung in den neuen Ländern in der Regel auf ein hohes Qualifikationsniveau und auf eine hohe Weiterbildungsbereitschaft stützen kann. Neben der Aktualisierung beruflicher Fachkompetenz und der Vermittlung von Rechts- und Verfahrenkenntnissen wird insbesondere die Notwendigkeit neuer Aspekte von personalen und sozialen Kompetenzen gesehen.

Dieser Ansatz ging von der Notwendigkeit aus, die regionale Arbeitsmarktlage, die vorhandenen Qualifikationen sowie die Lerngewohnheiten und die Erwartungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Konzipierung und konkreten Durchführung der Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Die KAW-Gruppe sprach sich dafür aus, dabei in die berufliche Weiterbildung Elemente der allgemeinen und der politischen Weiterbildung aufzunehmen. Sie maß – auch unter diesem Aspekt – der intensiven Kooperation der Beteiligten der Weiterbildung in der Region große Bedeutung zu.

Angesichts der Unsicherheit globaler Aussagen für die neuen Länder und der großen Schwierigkeiten, Perspektiven für die berufliche Verwertbarkeit der Weiterbildung zu vermitteln, sah die KAW-Gruppe am ehesten auf regionaler Ebene Möglichkeiten, Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung festzustellen und daraus, unter Berücksichtigung der vorhandenen Qualifikationen und unter Einbeziehung überregionaler Tendenzen, Aussagen für den Weiterbildungsbedarf abzuleiten. Dieser Ansatz ist Grundlage des vom Bundesbildungsministerium in Zusammenarbeit mit den fünf neuen Ländern und dem Land Berlin geförderten Vorhabens „Modellhafte Unterstützung der Weiterbildung in ausgewählten Regionen der neuen Länder“.

2. Positionen zu Einzelthemen

Aus diesen Grundpositionen heraus wurden in dem Bericht vom 4. September 1992, aber auch durch die Arbeitskreise „Wissenschaftliche Weiterbildung“, „Weiterbildung und Bundeswehr“ und „Weiterbildung und Medien“ Positionen der KAW zu zahlreichen Einzelthemen der Weiterbildung in den neuen Ländern formuliert. Im weiteren Verlauf der Arbeit der KAW zu diesem Themenbereich beauftragte der Arbeitskreis „Konzertierte Aktion Weiterbildung“ die Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“, die Arbeit zu solchen Themen zu vertiefen, mit denen nicht bereits andere Gremien und Institutionen hinreichend befaßt waren.¹¹ Im folgenden wird diese Arbeit exemplarisch zu sechs Themen dargestellt.

Die Gremien der KAW haben sich darüber hinaus mit einer Reihe von weiteren Einzelthemen befaßt, die die Weiterbildung in den neuen Ländern betrafen (u.a. Regionalisierung in der Weiterbildung, Weiterbildung auf dem Lande, Weiterbildung für Langzeitarbeitslose, Information und Beratung, Qualität und Transparenz, Weiterbildung des Personals, Identität und Weiterbildung, Fernunterricht und Fernstudium, Unterstützung der Weiterbildung durch Fernsehen und Hörfunk, zivilberufliche Qualifikation von Soldaten der NVA).

Betriebliche Weiterbildung

In dem Bericht vom 4. September 1992 wird darauf aufmerksam gemacht, daß der hohe Bedarf an beruflicher Weiterbildung in den neuen Ländern nur gedeckt werden kann, wenn zusätzlich zu der umfangreichen AFG-geförderten außerbetrieblichen Weiterbildung die betriebliche Weiterbildung in qualitativ und quantitativ ausreichendem Maße sichergestellt wird.¹² Die KAW wies in diesem Bericht darauf hin, daß Weiterbildung am Arbeitsplatz in der Verbindung von Lernen und Arbeiten in besonderem Maße geeignet ist, die berufliche Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen des neuen Wirtschaftssystems zu fördern, und sprach sich daher dafür aus, die AFG-geförderte außerbetriebliche Weiterbildung in starkem Maße durch ein Lernen am Arbeitsplatz zu ergänzen.¹³

In dem Bericht wird gefordert, bestehende Fördermöglichkeiten von EG, Bund und Ländern gezielter für den systematischen Ausbau wirksamer Strukturen der betrieblichen Weiterbildung zu nutzen und diese Fördermöglichkeiten erforderlichenfalls zu ergänzen. Besondere Bedeutung wurde der Qualifizierung des betrieblichen Weiterbildungspersonals und der Entwicklung von Qualifizierungskonzepten zugemessen, in denen Lernen und Arbeiten am Arbeitsplatz aufeinander bezogen werden.

Diese Positionen wurden im weiteren Verlauf insbesondere durch die Arbeit der 1992 vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft für die neuen Länder ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft „Qualifikations- und Entwicklungs-Management“ (QUEM) verwirklicht.

Weiterbildung von Frauen

Ausgehend von der Feststellung, daß Frauen infolge der radikalen Strukturveränderung in den neuen Ländern in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind und besondere Schwierigkeiten haben, neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu erschließen, hat sich die KAW seit 1990 eingehend mit Fragen der Weiterbildung von Frauen in den neuen Ländern befaßt.¹⁴

Auf Vorschlag der Gruppe „Weiterbildung von Frauen“ verabschiedete der Arbeitskreis „Personale und soziale Kompetenz“ die „Empfehlung zur Weiterbildung von Frauen in den neuen Bundesländern“ vom 13. Februar 1992.¹⁵ Diese

Empfehlung soll dazu beitragen, die Belange von Frauen beim Aufbau neuer Weiterbildungsstrukturen und -angebote verstärkt zu berücksichtigen und ihnen hierdurch gleichberechtigt neue Chancen für ihre berufliche und persönliche Entwicklung zu eröffnen. Sie behandelt vor allem Rahmenbedingungen, die Frauen eine Weiterbildungsbeteiligung ermöglichen, und enthält Vorschläge, die Weiterbildungsangebote noch stärker an den Lebens- und Berufsbiographien von Frauen zu orientieren. Die Empfehlung war Ausgangspunkt des Kolloquiums „Bildungschancen und Beschäftigungsperspektiven für Frauen in den neuen Bundesländern“ vom 15. bis 17. September 1992 in Potsdam, das gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg durchgeführt wurde.¹⁶ Das Kolloquium diente vor allem dem Dialog zwischen Frauen aus Ost- und Westdeutschland. Ziel war es, die Situation der Frauen in den neuen Ländern umfassend zu analysieren und auf dieser Grundlage Maßnahmen und Strategien zur Verbesserung ihrer Bildungschancen und ihrer Beschäftigungsperspektiven zu entwickeln.

Die Ergebnisse des Kolloquiums waren Grundlage für die weitere Arbeit der Gruppe „Weiterbildung von Frauen“, insbesondere für die Empfehlung zur Weiterbildung für Existenzgründerinnen und die Werkstattgespräche „Politische Weiterbildung für Frauen“ und „Weiterbildung von Frauen in technikorientierten Berufen“, die im Oktober 1994 durchgeführt wurden und die sich gleichermaßen auf neue und alte Länder bezogen.

Weiterbildung für Personen im Vorruhestand

Im Zuge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels wurden in den neuen Ländern mehr als eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Für die betroffenen Menschen bedeutet dies eine starke soziale und psychische Belastung. Sie erfahren oft einen Bruch ihrer bisherigen Lebensplanung, der ihre Perspektiven und ihre Identität in Frage stellt. Welchen Beitrag Weiterbildung dazu leisten kann, den Betroffenen zu helfen, war Kernfrage des Werkstattgesprächs „Unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand – kann Weiterbildung helfen?“, das am 9. und 10. Juni 1993 im Rahmen der KAW gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg durchgeführt wurde.¹⁷

Das Werkstattgespräch zeigte, daß Weiterbildung für diese Zielgruppe eine doppelte Aufgabe hat. Einerseits soll sie die Chance geben, persönliche Interessen und Fähigkeiten weiterzuentwickeln, insbesondere auch solche, die im bisherigen Lebensweg – auch aus politischen Gründen – aus der Sicht der

Betroffenen zu kurz gekommen sind. Andererseits soll sie Voraussetzungen dafür verbessern, daß neue Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit übernommen werden. Dabei geht die KAW davon aus, daß die beruflichen Qualifikationen und die Berufs- und Lebenserfahrungen der betroffenen Personen ein wichtiges Potential darstellen, auf das in der Umbruchsituation in den neuen Ländern nicht verzichtet werden kann.

Das Werkstattgespräch hat wesentlich dazu beigetragen, Personen im Vorruhestand als Zielgruppe der Weiterbildung zu entdecken. Es war Grundlage einer Reihe von Veranstaltungen und Diskussionen außerhalb der KAW und hat Aktivitäten in den neuen Ländern angestoßen. Im Frühjahr 1995 ist ein weiteres Werkstattgespräch der KAW vorgesehen, das insbesondere Vorschläge für die Weiterbildung von Multiplikatoren, die mit Personen im Vorruhestand arbeiten, sowie Vorschläge für die Vernetzung von Weiterbildungsinitiativen für Personen im Vorruhestand erarbeiten soll.

Wissenschaftliche Weiterbildung

In der Empfehlung „Wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der neuen Bundesländer“ vom 23. September 1992¹⁸ stellt der KAW-Arbeitskreis „Wissenschaftliche Weiterbildung“ fest, daß wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der neuen Länder einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des radikalen Strukturwandels leisten muß, indem sie dazu beiträgt, daß Hochschulabsolventen möglichst rasch ihre volle berufliche, gesellschaftliche und persönliche Handlungsfähigkeit wieder herstellen und neue Berufsperspektiven finden können. Darüber hinaus wird gerade in den neuen Ländern eine wichtige Funktion der Hochschule für die Entwicklung ihrer Region gesehen.

Auf der Grundlage dieser Empfehlung wurde am 1. und 2. Juli 1993 in Magdeburg das Werkstattgespräch „Wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer in den neuen Bundesländern“ durchgeführt.¹⁹ Bei diesem Werkstattgespräch wurden die Hochschulen aufgefordert, die erforderlichen organisatorischen Strukturen für den Wissenstransfer aus- und aufzubauen und über kommunikative Netzwerke (z. B. Arbeitskreise, Beiräte, Fördervereine) und Kooperationen mit den Partnern in der Region ein Klima der Aufgeschlossenheit für die Weiterbildung in der Region herzustellen. Die Schaffung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer durch die Wissenschaftsministerien der Länder wurde als weiteres dringendes Ziel angesehen. Dazu gehören insbesondere Möglichkeiten, Einnahmen aus der Weiterbildung für die Finanzierung und den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung zu verwenden.

Politische Weiterbildung

Die KAW sieht für politische Weiterbildung als Voraussetzung für eine aktive Teilnahme an der neuen demokratischen Gesellschaft objektiv einen großen Bedarf.²⁰ Angesichts der extremen Belastung aufgrund negativer Erfahrungen aus der Vergangenheit wird in dem Bericht vom 4. September 1992 die Notwendigkeit gesehen, daß politische Weiterbildung in den neuen Ländern in besonderem Maße an konkrete Bedürfnissen der Zielgruppen anknüpft und einen Beitrag zur Bewältigung von Alltagsproblemen leistet. Große Bedeutung wird der Qualifizierung des Weiterbildungspersonals und der Kooperation mit Trägern anderer Weiterbildungsbereiche zugemessen. Die KAW sieht aber auch in den alten Bundesländern einen neuen Bedarf an politischer Weiterbildung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit.

Die Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ führte am 2. und 3. September 1993 in Neustrelitz das Werkstattgespräch „Neue Ansätze der politischen Weiterbildung in den neuen Ländern“ durch.²¹ Bei diesem Werkstattgespräch wurde ein hoher Bedarf für politische Weiterbildung in den neuen und alten Ländern vor allem in folgenden Bereichen gesehen:

- offener Ost-West-Dialog, um das gegenseitige Kennenlernen und das Voneinander-Lernen als Grundlage des Zusammenwachsens zu fördern,
- Aufarbeiten der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik und der jeweiligen Biographien in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen,
- Unterstützung der Beteiligung vor Ort, durch die die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen und Kompetenzen einbringen können,
- Nutzung von Erfahrungen der politischen Weiterbildung für die berufliche Weiterbildung, um berufliche Handlungsfähigkeit zu stärken,
- Einbeziehung von Fragen des Zusammenarbeitens und -lebens mit Ausländern in die berufliche Aus- und Weiterbildung über entsprechende Weiterbildung von Ausbildern und Weiterbildnern.

Fremdsprachliche Weiterbildung und Interkulturalität

Im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt, auf den sich die neuen Länder innerhalb kürzester Zeit einstellen mußten, befaßte sich die KAW mit Fragen der fremdsprachlichen Weiterbildung in den neuen Ländern. Zunächst wurde im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft eine Studie zum Stand der fremdsprachlichen Weiterbildung in den neuen Ländern erarbeitet.²²

Auf der Grundlage dieser Studie veranstaltete das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg am 14. und 15. Oktober 1992 in Potsdam das

Expertengespräch „Perspektiven der fremdsprachlichen Weiterbildung in den neuen Bundesländern“, an dem rund 150 Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Weiterbildung, überwiegend aus den neuen Bundesländern, teilnahmen.²³ Im Mittelpunkt des Expertengesprächs stand die Frage, wie Weiterbildung dazu beitragen kann, daß möglichst viele Menschen die für das Arbeiten und Leben in Europa erforderlichen Kommunikationsfähigkeiten rasch erwerben und erweitern. Gleichzeitig befaßten sich die Experten mit Überlegungen, wie die in den neuen Ländern in besonderem Maße vorhandenen Kenntnisse der Sprachen Osteuropas für die Intensivierung der Kontakte zu den osteuropäischen Ländern genutzt und ausgebaut werden können.

Die Ergebnisse des Expertengesprächs betreffen gleichermaßen alte und neue Länder. Sie sind Grundlage der weiteren Arbeit der KAW-Gruppen „Fremdsprachen“ und „Weiterbildung und Europa“. Unter anderem wurde im Anschluß an das Expertengespräch im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft eine Studie zum Qualifizierungsbedarf von Fremdsprachenlehrern in der berufsbezogenen Weiterbildung in den neuen Ländern erarbeitet.²⁴

Ein Ergebnis des Expertengesprächs war die Feststellung, daß zusammen mit der Vermittlung von Fremdsprachen in noch stärkerem Maße Kenntnisse über Alltagskulturen, unterschiedliche Lebensgewohnheiten, Verhaltensweisen und Werte vermittelt werden müssen, um ein gegenseitiges Verstehen in Europa zu fördern. Diese Fragestellung wurde in einem Werkstattgespräch „Fremdsprachen und Interkulturalität: Erfahrungen und Perspektiven an der deutsch-polnischen Grenze“ vertieft, das im Rahmen der KAW Ende November 1994 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder stattfand.

3. Von der Unterstützung zu einem Ost-West-Austausch

Viereinhalb Jahre nach dem Beginn des West-Ost-Dialogs in der KAW und vier Jahre nach der Deutschen Einheit stand die Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ vor der Frage, ob sie dem Plenum der KAW den Abschluß der Befassung mit diesem Themenbereich vorschlagen sollte. Nach eingehender Diskussion, in die auch die Anhörung der Landeskuratorien und Landesausschüsse für Weiterbildung der neuen Länder einbezogen wurde, hat sich die Gruppe nachdrücklich dafür ausgesprochen, die Arbeit fortzusetzen, dabei aber in Zukunft noch stärker den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Ost und West in den Mittelpunkt zu stellen.

Bereits die Behandlung des Themas der Qualitätssicherung in der Weiterbildung hatte dazu geführt, daß dieser Gegenstand, der zunächst aufgrund von

Erfahrungen aus den neuen Ländern behandelt worden war, von der Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ im März 1994 als generelles Thema für die gesamte Bundesrepublik in das Plenum der KAW eingebracht wurde. So sollen in Zukunft die Themen „Weiterbildung der Weiterbildungner“, „Politische Weiterbildung“ und „Künftige Entwicklungen in der Weiterbildung“ von der Gruppe „Weiterbildung in den neuen Ländern“ von vornherein in einem Ost-West-Austausch weiterbehandelt werden.

Nachdem die Behandlung des Themas der Unterstützung der Weiterbildung in den neuen Ländern zunächst damit begonnen hatte, daß die KAW sich von Anfang an gegen das „Überstülpen“ von West-Strukturen und für eigenständige Lösungsansätze eingesetzt hatte, ist es ein Zeichen für die Stabilisierung der Weiterbildung in den neuen Ländern, daß nunmehr der gleichberechtigte Austausch zwischen den neuen und den alten Bundesländern in den Vordergrund der Arbeit der KAW tritt.

Anmerkungen:

¹ Vgl. BMBW (Hg.): Protokoll der Sondersitzung des KAW-Arbeitskreises 2 am 30. März 1990, S. 1.

² Vgl. ders. (Hg.): Qualifizieren statt entlassen, Bonn 1990.

³ Vgl. ders. (Hg.): Resolution des Arbeitskreises 2 „Weiterbildung im Prozeß der Vereinigung“ vom 25. September 1990, KAW-Nr. 4/90, Bonn 1990.

⁴ Vgl. ders. (Hg.): Qualität der Weiterbildung sichern, Bonn 1991.

⁵ Vgl. ders. (Hg.): Mit Weiterbildung den Herausforderungen der „Risikogesellschaft“ begegnen. Dokumentation eines Werkstattgesprächs, KAW-Nr. 4/92, Bonn 1992.

⁶ Vgl. ders. (Hg.): Spitzengespräch über die künftige Arbeit der KAW, KAW-Nr. 1/92, Bonn 1992.

⁷ Ders. (Hg.): Protokoll der Sondersitzung des KAW-Arbeitskreises 2 am 30. März 1990, a.a.O., S. 16.

⁸ Vgl. ders. (Hg.): Resolution des Arbeitskreises 2 „Weiterbildung im Prozeß der Vereinigung“ vom 25. September 1990, a.a.O.

⁹ Vgl. ders. (Hg.): Bericht über die Arbeit der Konzentrierten Aktion Weiterbildung – Januar 1992 bis Januar 1993, KAW-Nr. 1/93, S. 15 ff.

¹⁰ Ebd., S. 16.

¹¹ Vgl. ebd., S. 3.

¹² Vgl. ebd., S. 18.

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. ders. (Hg.): Qualifizieren statt entlassen, a.a.O., S. 49 ff.; vgl. ders. (Hg.): Qualität der Weiterbildung sichern, a.a.O., S. 70 f.

¹⁵ Vgl. ders. (Hg.): Empfehlung zur Weiterbildung von Frauen in den neuen Bundesländern, KAW-Nr. 2/92, Bonn 1992.

¹⁶ Vgl. C. Busch (Hg.): Bildungschancen und Beschäftigungsperspektiven für Frauen in den neuen Bundesländern, Frankfurt: 1994.

¹⁷ Vgl. BMBW (Hg.): Unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand – kann Weiterbildung helfen?, Bonn: 1994.

¹⁸ Vgl. ders. (Hg.): Wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der neuen Bundesländer, KAW-Nr. 8/92, Bonn 1992.

¹⁹ Vgl. ders. (Hg.): Wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer in den neuen Bundesländern. Werkstattgespräch zu Fragen der wissenschaftlichen Weiterbildung am 1./2. Juli in Magdeburg, Bonn 1994.

²⁰ Vgl. ders. (Hg.): Bericht über die Arbeit der Konzertierte Aktion Weiterbildung – Januar 1992 bis Januar 1993, a.a.O., S. 20.

²¹ Vgl. ders. (Hg.): Neue Ansätze der politischen Weiterbildung in den neuen Ländern. Werkstattgespräch im Rahmen der Konzertierte Aktion Weiterbildung am 2. und 3. September in Neustrelitz, Bonn 1994.

²² Vgl. H. Christ/A. Kersebaum: Fremdsprachen in der Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Eine explorative Studie, KAW-Nr. 5/92, Bonn 1992.

²³ Vgl. BMBW (Hg.): Perspektiven der fremdsprachlichen Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Expertengespräch im Rahmen der Konzertierte Aktion Weiterbildung, 14./15. Oktober 1992, Bonn: 1993.

²⁴ Vgl. E. Banos: Qualifizierungsbedarf und -bedürfnisse von Fremdsprachenlehrerinnen und Fremdsprachenlehrern in der berufsbezogenen Weiterbildung in den neuen Bundesländern, KAW-Nr. 3/93, Bonn 1993.

Kurzbiographie:

HANS KONRAD KOCH, Leiter des Referats „Konzertierte Aktion Weiterbildung“ im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zuständig für Grundsatzfragen der Weiterbildung und für die Geschäftsführung der Konzertierte Aktion Weiterbildung; 1962 bis 1967 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Paris und Marburg, 1968/69 Ecole Nationale d'Administration in Paris, 1972 Zweite Juristische Staatsprüfung in Berlin; Veröffentlichungen zur Berufsausbildung von Personen, die besonderer Förderung bedürfen, und zur Weiterbildung.

Anschrift: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Heine-mannstr. 2, D-53175 Bonn.